

Beschluss

der 1. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Thüringen am 5. und 6. November 2011 in Sömmerda

Wahlstrategie für das Wahljahr 2012

Am 22. April 2012 werden in 16 Landkreisen die Landräte und Landrätinnen gewählt. Im Saale-Orla-Kreis findet die Wahl bereits am 15. Januar 2012 statt. Zeitgleich werden in den kreisfreien Städten Erfurt, Weimar, Jena, Eisenach, Gera und Suhl die OberbürgermeisterInnen sowie in 99 Städten und Gemeinden die der hauptamtlichen (Ober)BürgermeisterInnen gewählt. Dazu kommen noch die Wahlen von 15 ehrenamtlichen BürgermeisterInnen.

I. Ausgangssituation

Zur Zeit sind 69 Frauen und Männer als kommunale Wahlbeamte und -beamtinnen in und bei der LINKEN in Thüringen aktiv. In den Städten Artern, Bad Blankenburg, Eisfeld, Hildburghausen, Sömmerda, Trusetal und Neuhaus am Rennweg arbeiten sehr erfolgreich hauptamtliche BürgermeisterInnen mit dem Mandat der LINKEN. Dazu kommen noch hauptamtliche Beigeordnete (BürgermeisterInnen) in Suhl, Erfurt, Gera und im Landkreis Nordhausen. 16 ehrenamtliche BürgermeisterInnen, 20 OrtsteilbürgermeisterInnen und 16 ehrenamtliche Beigeordnete runden dieses Bild ab.

Bereits seit dem Frühjahr 2010 hat sich der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. den Anforderungen in Vorbereitung der Landräte- und (Ober)BürgermeisterInnenwahlen gestellt, entsprechende Beschlüsse gefasst.

Mit dem Beschluss des Leitantrages „Politik für die Zukunft, die heute beginnt!“ auf der 3. Tagung des 2. Parteitages in Sömmerda wurden nicht nur die Grundlagen für die weitere Arbeit im Landesverband gelegt. Die beschlossenen Ziele dienen auch der weiteren Vorbereitung der Kommunalwahlen im April 2012, der Bundestagswahl im Herbst 2013, der Wahlen der Mitglieder im Europäischen Parlament sowie der kommunalen Vertretungen im Frühjahr 2014 und der Landtagswahl im Herbst 2014.

Auf der Grundlage des beschlossenen Leitantrages lässt sich DIE LINKE. in Thüringen von dem Ziel leiten, „dass alle Menschen unabhängig davon, in welcher Region der Erde sie leben, selbstbestimmt, in Würde und Solidarität leben können“. Gerade in den Kommunen, wo das Leben der EinwohnerInnen stattfindet, kann DIE LINKE. „als Sachwalterin der sozialen und demokratischen Interessen der Wählerinnen und Wähler“ wirken, ohne die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen zu vernachlässigen.

Dass die langjährigen Forderungen der Partei DIE LINKE. auf allen Ebenen vom Bundestag bis zur kommunalpolitischen Ebene wirken, zeigen zum einen die Entwicklungen im Land Thüringen.

Mit dem neuen Landesarbeitsmarktprogramm wurde ein Schritt in die richtige Richtung gegangen, um bessere Bedingungen für die Beratung, Begleitung, Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu schaffen, auch wenn damit die Forderungen der LINKEN nach einem öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor noch lange nicht erfüllt sind.

DIE LINKE. Thüringen ist seit Jahren aktiv an der Seite der Kommunen für eine bessere Finanzausstattung. Die CDU-SPD-Regierung spart mit ihrem Landeshaushalt 2012 die Kommunen des Freistaates Thüringen zu Tode. Ein Großteil der kommunalen Aufgaben im kulturellen und sozialen Bereich können nicht mehr finanziert und realisiert werden. DIE LINKE. wird sich den geplanten Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich entgegen stellen.

Die Folgen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen von der EU über den Bund bis zum Land werden in den Kommunen zuerst spürbar. Das haben die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, beispielsweise beim Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen, in der jüngsten Vergangenheit deutlich gezeigt. Aber auch die Atomkatastrophe in Japan hat die Einstellungen und Ängste der Bevölkerung dramatisch beeinflusst und dazu geführt, neue Handlungsstrategien in den Kommunen zu entwickeln. Der Ruf nach kommunaler Selbstverwaltung bekommt gerade in Zeiten knapper öffentlicher Finanzierungsgrundlagen immer mehr Bedeutung. Kommunale Selbstverwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist jedoch eng mit der Finanzausstattung der Kommunen verbunden. Die Gebiets-, Finanz- und Planungshoheit, die Hoheit über das Personal, die Organisation und die Verwaltung sind verfassungsmäßig garantierte Rechte der Kommunen und müssen weiterentwickelt – nicht eingeschränkt – werden. Dazu ist eine sachgerechte Finanzausstattung unerlässlich.

DIE LINKE. ist Partnerin im Bündnis für mehr Demokratie, Partnerin beim Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik, streitet für die Abschaffung der Kommunalabgaben, hat sich erfolgreich für die Abschaffung der Bannmeile um den Thüringer Landtag oder die Wiedereinführung der Stichwahlen in den Kommunen eingesetzt. Links wirkt – und die Forderungen der LINKEN finden inzwischen ihren Niederschlag in den Aktivitäten anderer Parteien und der Landesregierung.

Aber auch auf der kommunalen Ebene zeigen zahlreiche Beispiele, dass durch

- die weitere Entwicklung von Demokratie und Mitbestimmung (Bürgerbeteiligungshaushalte – Großbreitenbach).
- die Verbesserung der Zukunftschancen für Kinder- und Jugendliche (Gemeinschaftsschulen – Jena, Schulobstprogramm im Altenburger Land),
- breite Kultur- und Bildungsangebote (Sport und Jugendzentrum – Neuhaus. Theater Hibu)
- den Erhalt der kommunalen Infrastruktur und Wirtschaft (Eisfeld),
- die Schaffung und Verbesserung eines nachhaltigen Lebensumfeldes (Agenda 21),
- soziale und integrative Angebote und Einrichtungen (soziale Stadt SÖM und WE)
- zukunftsfähige Verwaltungs- und Gebietsstrukturen für Thüringen (Trusetal-Brotterode)

die Ziele links-alternativer, sozialistischer Politikansätze erfolgreich realisiert werden können.

Überall dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner in die Vorbereitung von Entscheidungen einbezogen werden und transparentes Verwaltungshandeln auf der Tagesordnung steht, zeigen sich Erfolge. Ziel der LINKEN ist es, die kommunale Demokratie auszubauen. Je mehr Einwohnerinnen und Einwohner an den Beratungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt sind, umso mehr wird die kommunale Daseinsvorsorge gesichert.

Infolge der sozialen Situation vieler Einwohnerinnen und Einwohner werden Angebote zur Selbsthilfe, zur Unterstützung in schwierigen Lebenslagen oder auch bei der Organisation alternativer Freizeitangebote in den Kommunen eine zunehmende Rolle spielen.

II. Zielsetzung

Dort, wo DIE LINKE. Verantwortung in den Städten und Gemeinden übernimmt, darf es in den Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge, also bei

- der gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Einwohnerinnen und Einwohner,
- der gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Einwohnerinnen und Einwohner,
- der Gewährleistung des (über)örtlichen öffentlichen Personennahverkehrs,
- der Versorgung mit Energie und Wasser, der Abwasserbeseitigung und -reinigung und der Abfallentsorgung,
- der Sicherung und Förderung eines bedarfsgerechten öffentlichen Angebotes an Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen,

- der Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen und sportlichen Lebens,
- der harmonischen Gestaltung der Gemeindeentwicklung unter Beachtung der Belange der Umwelt und des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und der Belange von Wirtschaft und Gewerbe,
- der Bauleitplanung, dem öffentlichen Wohnungsbau

und anderen für die Kommunen wichtigen Bereichen nicht nur um die Verteidigung des Bestehenden gehen. Ziel muss es sein, die Bereitschaft dafür zu entwickeln, Daseinsvorsorge auch als Entwicklungsprozess zu begreifen und damit die Angebote für alle Einwohnerinnen und Einwohner ständig weiter zu verbessern.

Mit den Änderungen der Sozialgesetze stehen gerade die Landkreise und kreisfreien Städte vor großen Herausforderungen. Auch wenn DIE LINKE. dabei bleibt, dass Hartz IV weg muss, gibt es in den öffentlichen Verwaltungen Spielräume, die genutzt werden müssen. Einer weiteren Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge stellen wir uns entgegen, Bestrebungen zur Rekommunalisierung werden von uns unterstützt.

Ziel der Partei DIE LINKE. in Thüringen ist es,

1. in allen kreisfreien Städten sowie allen Landkreisen, in denen es keine geeigneten BewerberInnen anderer Parteien oder Einzelpersonen gibt, die die Zielsetzung dieser Strategie umsetzen können, eigene Kandidatinnen und Kandidaten für die kommunalen Wahlämter als Landrat/Landrätin oder (Ober)BürgermeisterInnen zu gewinnen und damit aus den Wahlen 2012 gestärkt hervorzugehen,
2. erstmals in Thüringen eine/einen Landrätin/Landrat mit dem Mandat DIE LINKE. zu stellen,
3. alle bisherigen BürgermeisterInnenmandate erfolgreich zu verteidigen und weitere „Rote Rathäuser“ zu etablieren, die für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz im Land sorgen,
4. ein personelles Angebot für die nach der Sommerpause 2012 zu wählenden Beigeordneten (in den kreisfreien Städten der BürgermeisterInnen) zu unterbreiten,
5. den Kommunen im Land eine Finanzausstattung zu verschaffen, die die Realisierung der Aufgaben ermöglicht,
6. die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern zu verbessern.

III. Voraussetzungen

Damit die organisatorischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf 2012 geschaffen werden, wird der **Landesvorstand** aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Gebietsvorständen bis zum Ende 2011 Gespräche mit den bisherigen MandatsinhaberInnen bezüglich ihrer Wiederkandidatur zu führen,
2. gemeinsam mit den Gebietsvorständen bis zum Ende 2011 Gespräche mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern für ein kommunales Wahlamt zu führen,
3. Kriterien und Anforderungen, die an die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN zu stellen sind, zu entwickeln,
4. geeignete Qualifizierungsangebote in enger Zusammenarbeit mit dem KOPOFOR Thüringen als anerkanntem Bildungsverein der Partei zu unterbreiten,
5. die Voraussetzungen für eine einheitliche Wahlkampagne (unter Beachtung der Marke DIE LINKE.) zu schaffen,
6. ein tragfähiges Konzept für die weitere Öffentlichkeitsarbeit und den Einsatz neuer Medien zu erarbeiten,
7. in Vorbereitung auf die Landtagswahl im Herbst 2014 ein Wahlprogramm zu erarbeiten, das den Willen für Veränderungen im Land erkennbar deutlich macht und die kommunale Ebene nicht außen vor lässt.

Die **Stadt-, Kreis- und Regionalverbände** werden gebeten,

1. die Wahlstrategie auf die örtlichen Gegebenheiten anzupassen und somit ein einheitliches landesweites Erscheinungsbild für linke Kandidatinnen und Kandidaten zu sichern,
2. geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlantritt zu gewinnen,
3. eigene Kreiswahlbüros zur personellen, organisatorischen und materiellen Absicherung des Wahlkampfes zu bilden,
4. im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die finanzielle Absicherung des Wahlkampfes 2012 Sorge zu tragen und dazu alle Formen zur Einwerbung von Spenden zu nutzen,
5. die geplanten Abführungen an den Kommunalwahlfonds, der bereits gebildet wurde, abzusichern (über die Verwendung entscheidet das Landeswahlbüro in enger Zusammenarbeit mit den Kreiswahlleitern),
6. bis zum Beginn des Jahres 2012 verlässliche Wahlkampfstrukturen zu entwickeln,
7. den Kommunalwahlkampf zu nutzen, um die Wahlprogramme der Jahre 2006 und 2009 öffentlich abzurechnen,
8. sich intensiv in die Debatte zur Fortschreibung der „Kommunalpolitischen Leitlinien“ einzubringen,
9. die Wahlkämpfe 2012 dafür zu nutzen, geeignete BewerberInnen für die Wahl der kommunalen Vertretungen im Frühjahr 2014 zu gewinnen,
10. dort, wo keine eigenen Kandidaturen erfolgen, die Bewerberinnen und Bewerber in den benachbarten Kreisverbänden zu unterstützen. Das gilt insbesondere für die vorgezogene Wahl des Landrates im Saale-Orla-Kreis.

Die **Kandidatinnen und Kandidaten** werden aufgefordert,

1. sich im offenen Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern frühzeitig zu ihren kommunalpolitischen Schwerpunktthemen zu äußern,
2. alle Formen der demokratischen Kontrolle, des Rechtes auf Informationen, der Beteiligung an der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung, des bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen, um Einwohnerinnen und Einwohner an kommunalen Prozessen zu beteiligen (Einwohnerversammlungen, Bürgerbeteiligungshaushalte, Einwohnerbefragungen, Bildung von Beiräten usw.)
3. ihre politische Biografie in den Parteigliederungen öffentlich zu machen,
4. ihre persönliche Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu bewahren und auszubauen,
5. sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung des Wahlkampfes zu beteiligen,
6. mit ihren Kreis- und Stadtverbänden Vereinbarungen über Mandatsträgerbeiträge abzuschließen,
7. Qualifizierungsangebote zu nutzen, um sich auf ihr kommunales Wahlamt vorzubereiten

IV. **Ausblick**

Das Land, aber auch der Landesverband DIE LINKE, stehen vor großen Herausforderungen. Dabei spielt der demografische Wandel eine herausgehobene Rolle. Die Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft und der Partei DIE LINKE bieten viele Chancen, frühzeitig Maßnahmen auf allen Gebieten des Gemeinwesens und der politischen Arbeit zu ergreifen. Dazu hat die Partei und die Gesellschaft insgesamt noch kein schlüssiges Konzept. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber für kommunale Mandate und Parteifunktionen macht deutlich, dass die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten auch genutzt werden muss, neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Nur so kann ein flächendeckender Wahlantritt und damit auch ein personelles Angebot an die Wählerinnen und Wähler erfolgen. Gleichzeitig hat die bisher stattgefundene Programmdiskussion wesentlich dazu beigetragen, das inhaltliche Profil der Partei weiter zu stärken. Der Landesparteitag im November ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer starken LINKEN in Thüringen. Der neue Landesvorstand hat die Aufgabe, die Wahlkämpfe in den Jahren 2012 bis 2014 vorzubereiten, politisch zu leiten und Erfolge zu organisieren, damit 2014 ein Politikwechsel in Thüringen tatsächlich möglich wird.